

Verantwortlicher Redakteur: Dr. D. Köppler in Stettin.

Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Einzeln: die Kleinzelte oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

## Zur Bewegung auf Kreta.

Die Noth in Kaudia nimmt, wie der „Post“, von dort geschriebenen wird, immer mehr zu und beginnt sich auch bei den wenigen Europäern fühlbar zu machen. Der Mangel an Nahrungsmitteln ist so groß geworden, daß man zwei volle Tage braucht, um dem englischen Kriegsschiff das nöthige Mehl zu liefern. Weder von innen noch außen sind Zufuhren zu erhalten, und wenn dieser Zustand nur noch wenige Wochen anhalten sollte, bliebe der hungernden, über 50 000 Seelen zählenden Bevölkerung nichts anderes übrig, als eine allgemeine Plünderung der Magazine. Vor der Hand suchen die türkischen Notablen die Katastrophe durch unentgeltliches tägliches Vertheilen von Mehl an die Nothleidenden aufzuhalten, aber auch ihre Vorräthe sind in nächster Zeit zu Ende und Alles gittert vor der Wuth des Pöbels, der sich mit der Plünderung der Magazine nicht begnügen wird. Wenn die fanatische Vernichtungswuth erst erwacht ist, dürfte es von den künftigen Auswanderungen nicht mehr zurückgehalten sein. Wie sich das Militär verhalten wird, braucht nicht erst gesagt zu werden. Die Europäer sind von Spionen umgeben und jeder ihrer Schritte wird überwacht. Wehe dem Türken, der mit ihnen verkehren will, ohne Erbarmen wird er von den Glaubensgenossen als Verräther ermordet.

Die in Selino geschehene vollständige Plünderung der Türken durch die Aufständischen unter den Augen der Europäer hat hier eine grenzenlose Wuth hervorgerufen, die sich zunächst Luft zu machen sucht, indem man die wenigen sich nach Griechenland einschiffenden Christen thätlich angriff und ihre Habe in die Meer warf. Die Regierung wurde durch ein von türkischen Notablen gebildetes Komitee veranlaßt, daß die Türken beschloßen hätten, keinem Christen mehr zu gestatten, etwas von seiner Habe von hier fortzuführen, und dies mit Gewalt verhindern würden, ebenso würden sie keinem Christen die Rückkehr gestatten. Die Regierung ist den Gewaltthaten der Wajschibzats gegenüber vollkommen ohnmächtig, muß diese vielmehr in jeder Weise unterstützen, zittern doch selbst die obersten Beamten im Gouvernementsgebäude vor dem Pöbel.

Die Anschuldigungen gegen die Großmächte, daß diese durch ihre Uneinigkeit die Lösung immer weiter hinausgeschoben und Kreta dem gähnlichen Untergang anheimgeben, werden immer heftiger und die hier anwesenden Europäer haben furchtbare Angst vor dem Wuth der Bevölkerung zu leiden.

Am der Aussicht der Konfiskation zu entgehen, drohen die Wajschibzats mit Ermordung einiger Christen oder Europäer, um die übrigen zur Flucht zu veranlassen und freie Hand zu bekommen. Um den sich in erschreckender Weise mehrenden Plünderungen, denen auch das Weindepot des italienischen Konjuls zum Opfer fiel, möglichst entgegenzuwirken, richteten die türkischen Notablen einen Privatkontrolldienst ein, der Tag und Nacht die Magazine zu überwachen hat, zumal da auch türkisches Eigentum nicht mehr verschont bleibt; die Konfiskation haben die Thore der fremden Eigentum bergenden Magazine mit Wänden versehen und auf diese die Konfiskationsflagge drücken lassen. Außerdem wurde der Gouverneur beauftragt, jedes dieser Magazine durch Militär scharf bewachen zu lassen. Daß diese Maßregeln bei einer Katastrophe die Magazine wenig vor Plünderung schützen werden, ist sich jeder bewußt, für den Augenblick dürften sie aber einigen Schutz gewähren, da die Bevölkerung eine gewisse Scheu vor den Siegeln hat.

Die Nachricht von einer friedlichen Blotade Kretas durch die Großmächte hat größte Verwunderung, ja Enttäuschung hervorgerufen. Man hält diese Maßregel, die der vollständige Untergang der Insel bevorsteht und das Elend bereits über 13 Monate währt, für vollkommen wertlos und nur für ein Auswüchsmittel, um den Großmächten Zeit zu geben, sich zu einigen, trotzdem das Schiffsalz von über 300 000 Menschen an der schändlichen Lösung der Kreta-Frage hängt. Auf der ganzen Insel herrscht Hungersnoth und tieffestes Elend, Europa soll nicht zögern, diesen Zuständen ein schnelles Ende zu bereiten und weiteren nutzlosen Einschüchtlungen Einhalt zu thun.

Die Landung von 500 Hochländern ging am Sonnabend ohne Unruhen von Statten. Am Morgen erschien auf der Rhede von Kaudia der italienische Panzer „Sizilia“ sowie ein italienischer Transportdampfer mit 600 Mann italienischer Truppen an Bord; 350 davon werden morgen früh hier ausgeschifft und in der Metropolis und der christlichen Schule einquartiert. 250 gehen nach Hierapetra weiter. Gestern fanden heftige Kämpfe von türkischen Truppen und Wajschibzats gegen die Aufständischen bei Ghazi und Ziguonnes statt, wobei die Infanteristen zurückwichen. Heute früh sind Wajschibzats mit Kanonen gegen das Dorf Arkanos, anderthalb Stunden vor Kaudia, ausgezogen. Am Montag werden neue Zufuhren von Konstantinopel erwartet.

Paris, 28. März. Entgegen anderweitigen Meldungen tritt mit größter Bestimmtheit das Gerücht auf, Lord Salisbury habe Anatolien erklärt, England könne wegen der zunehmenden griechenfreundlichen Stimmung an der Blotade Griechenlands nicht theilnehmen, doch sei er geneigt, wegen eines neuen Modus, durch welchen der Ausbruch des Krieges verhindert werden könnte, zu unterhandeln. Man glaubt nunmehr, die Blotade werde ohne Mißfolge Englands zur Durchführung gebracht. Salisbury soll Anatolien gegenüber noch geäußert haben, daß falls er für die Blotade eintreten würde, er auch abzuweichen sei zu demissioniren, da das Gesamtkabinet entschieden für die Blotade ist.

Rom, 28. März. Admiral Canavaro ordnete den Abzug der türkischen Truppen aus Kreta an; derselbe erfolgt stufenweise.

Athen, 28. März. Wie gerüchtheilweise verlautet, halten die Infanteristen die Konfiskation von England, Frankreich und Italien in Afrika als Geißeln gefangen.

Der Kronprinz ist gestern Abend nach der Grenze abgereist.

Kandia, 28. März. Der italienische Panzer „Sizilia“ traf gestern hier ein und geht von hier nach Hierapetra ab. Ebenso traf ein italienischer Transportdampfer, welcher 600 Mann Truppen an Bord hatte, hier ein. Die Insur-

genten sollen bei den gestrigen Kämpfen bedeutende Verluste gehabt haben, während die Türken nur einen geringen Verlust erlitten.

## Aus dem Reiche.

Der Großherzog und die Großherzogin von Baden trafen Sonnabend Vormittag von Berlin in Weimar ein und statten dem Großherzog im Residenzschloße einen Besuchsbesuch ab. Abends begaben sie sich um 1 Uhr in die Hofkirche und setzten darauf ihre Weiterreise fort. Die Beisehung der Leiche der Großherzogin findet am Montag um 12 Uhr statt. Als zuverlässiger Quelle wird aus Weimar mitgeteilt, daß die ungünstigen Gerüchte über das Befinden des Großherzogs von Sachsen den Thatsachen nicht entsprechen. Der Großherzog ist zwar durch das plötzliche Hinscheiden der Großherzogin tief erschüttert, sein körperliches Befinden aber giebt zu keinerlei Besorgnis Veranlassung. — Dem Leibarzt des Kaisers Generalarzt Dr. Leuthold wurde der erbliche Adel verliehen. — Von der Porta Westfalica (Wittenbergsberg) wird geschrieben: Trotz des regnerischen Wetters gestaltete sich die Guldigung der Studenten, welche am Denkmal Kaiser Wilhelms des Großen Sonnabend Nachmittag stattfand, äußerst glänzend. Die Studierenden der königlichen Technischen Hochschule in Hannover waren mittels Extrazuges hier eingetroffen und zum Denkmalplatz marschirt. Nachdem die Chorgärten im Parkstreife auf der Terrasse des Denkmals aufgestellt worden waren, feierte der Vorsitzende des studentischen Ausschusses stud. Hagmann das Andenken des Kaisers in längerer Rede. Es wurde Johann das Lied „Deutschland, Deutschland über Alles“ gesungen und Vorträge am Denkmal niedergelegt. Die Feier wurde durch einen Kommerzmeisterhof abgeschlossen, bei der Trinkprüche auf den Kaiser und den Kaiser Wilhelms ausgedrückt wurden. Am Kaiser Wilhelms und den Kaiser Wilhelms wurden Guldigungstelegramme abgesandt. — Zu dem erwähnten Vorfalle bei der Hundertjahrfeier in Greiz theilt die „Greiz. Ztg.“ mit: Herr Bürgermeister Köster bittet uns mitzutheilen, daß von seiner Seite eine Anordnung zur Einziehung der preussischen Fahne weder aus eigener Initiative noch auf Weisung des künftigen Landratsamtes gegeben worden sei. Nach der Darstellung des Bürgermeisters ist der Hergang vielmehr folgender gewesen: Das Landratsamt hat an den Gemeindevorstand das Schreiben gerichtet, die fragliche Fahne entfernen zu lassen, da ihre Aushängung als eine politische Demonstration zu betrachten sei, die Gegenemonstrationen und damit Störungen der öffentlichen Ordnung verursachen könne. Bürgermeister Köster hat die Befürchtung des Landratsamtes nicht zu theilen vermocht und deshalb dem Ertrüben nicht entsprochen. Hierauf ist vom Landratsamt selbst die Entfernung angeordnet worden. — Durch die sozialdemokratische Presse macht zur Zeit eine Wuth die Runde, wonach ein Braunschweiger „Genosse“ sich freiwillig zum Militär stellte, von einem Truppendienst seiner Vaterstadt aber den Weisheit erhielt, daß man auf ihn verzichte, da er Mitglied einer Gewerkschaft sei. Zugleich wurde ihm anheimgegeben, sich bei einem auswärtigen Truppendienst zu melden, und so wendete er sich denn an ein hannoversches Infanterie-Regiment und fandte seine Papiere ein. Er erhielt darauf folgende, von einem Feldwebel unterzeichnete Antwort: „Da Sie Mitglied des sozialdemokratischen Arbeitervereins sind, verzichtet die Kompanie auf Ihre Einstellung als Zweijährig-Freiwilliger.“ Die sozialdemokratischen Blätter machen hierzu die unfeindlichste Bemerkung, man werde hoffentlich in Zukunft mit allen Mitgliedern sozialdemokratischer Vereine so verfahren, d. h. auf ihre Einziehung zum Militär verzichten. Daß ein Truppendienst, so lange ihn die Annahme freistellt, sich dagegen verwahrt, einen notorischen Sozialdemokraten in seine Reihen einzustellen, wird ihm Niemand verdenken. — Das Münchener Rathhaus soll durch einen bedeutenden Ums- und Erweiterungsbau vergrößert werden. Der Bau ist vom Professor Dauterivier, dem Architekten des bestehenden Rathhauses, entworfen und wird auch von ihm ausgeführt werden. Begonnen wird mit der Ausführung erst im Oktober nächsten Jahres, um den Baudenkmälern in den dem Neubau zum Opfer fallenden, von der Stadtgemeinde angekauften Privatgebäuden Zeit zum anderweitigen Unternehmen zu gewähren. Die Bauzeit wird sich auf fünf Jahre erstrecken. Die Baukosten stellen sich ohne Grunderwerb auf 3 1/2 Millionen Mark. — Zu den 475 000 Mark betragenden Grunderwerbskosten für den Bau einer Bahn von Schweidnitz über Zoppotienau mit Anschluß in Charlottentgrund an die bestehende Hauptlinie, bewilligte, wie der „Pres. Ven.-Anz.“ meldet, der Waidenburger Reichstag den durch ein Darlehen aufzubringenden Betrag von 100 000 Mark, nachdem er früher bereits 102 972 Mark zur Verfügung gestellt hat. Da die Interessenten zusammen 151 400 Mark und der benachbarte Kreis Schweidnitz 80 000 Mark gezeichnet haben, so ist der Bau nunmehr gesichert.

## Deutschland.

Berlin, 29. März. Der Reichstag wird im besten Falle noch zwei Wochen Plenarberatungen vor den Osterferien abhalten können. Von diesen wird ein Theil der dritten Etatsberatung gewidmet werden müssen. Man hofft immer noch bis zum 31. März mit dem Etat fertig zu werden, was ja auch nur im Interesse aller beteiligten Faktoren zu wünschen wäre. Es bliebe aber auch dann nur noch etwas über eine Woche zur Erledigung anderer Aufgaben. Von den seitens der verbündeten Regierungen dem Reichstage unterbreiteten Vorlagen hatten das Invalidenversicherungsgesetz und der Entwurf über die Handwerksorganisation immer noch der ersten Beratung. Der Reichstag wird kaum umhin können, wenn nicht beide, so doch wenigstens eine vor Ostern vorzunehmen. Dann bleibt aber fast gar keine Zeit mehr zu anderen Arbeiten, und so wird denn die Hauptthematik, d. h. die entscheidende über die Mehrzahl der Einwurfe der Tagung in die Zeit nach Ostern fallen. Abgesehen von den mit dem Etat zu-

sammenhängenden Vorlagen würden also vor Ostern nur das Substitutionsgesetz, die Hypothekenordnung und das Konventionsgesetz zu Stande gekommen sein. Die größere Anzahl, und darunter die umfangreichsten, hatten der Erledigung. Gelegenheitswörter, wie das Handelsgesetzbuch, die Unfallversicherungsnovelle, das Invalidenversicherungsgesetz und Auswanderungsgesetz werden auch bei den Plenarberatungen längere Erörterungen herbeiführen, ganz abgesehen von dem Handwerksorganisationsentwurf, dessen Einzelbestimmungen von zwei verschiedenen Seiten angegriffen werden dürften. Auch über den Entwurf betreffs der Postdampfschiffsverbindungen mit überseeischen Ländern werden noch eingehende Plenarberatungen erwartet. Nimmt man hinzu, daß der Bundesrat dem Reichstage noch weitere Vorlagen zuzugestellen gedenkt, so wird das Arbeitspensum des Reichstages nach Ostern nicht als ein kleines bezeichnet werden können.

Im Hinblick auf die Abstimmung des Reichstages betreffs der Tageseldefrage mag daran erinnert werden, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion ebenso wie früher auch die konservative Fraktion jeder Zeit ihren Mitglidern die Abstimmung freigelegt hat. In den ersten Jahren des norddeutschen Bundes fand die Bewilligung von Tagesgeldern nicht die Zustimmung des Reichstages, freilich nur mit ganz verschwindenden Mehrheiten. Seit 1871 sprach sich regelmäßig die weit überwiegende Mehrheit des Reichstages für die Bewilligung aus, doch theilte stets die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion den ablehnenden Standpunkt des Herrn v. Bennigsen. Jetzt hat sich leider die Fraktionsmehrheit gegen Herrn v. Bennigsen ausgesprochen, was wir sehr bedauern und um so mehr bedauern, als wir darüber nicht im Zweifel sind, daß ein solcher Reichstagsbeschluss nur dann Aussicht auf Verwirklichung haben kann, wenn die betreffende Mehrheit sich über den politischen Erfolg für die Bewilligung von Tagesgeldern einigte und ausspräche. Man wird doch im Ernst den verbündeten Regierungen nicht zu trauen, daß sie einer so wichtigen Veränderung der Reichsverfassung ohne irgend eine politische, für das Reich wichtige Gegenleistung zustimmen werden. Ohne solche Gegenleistungen hat also die feste Erneuerung des Tagesgelbertrags keinerlei praktische Bedeutung.

Wenn in einer Zeitungskorrespondenz von verschiedenen Strömungen im Staatsministerium betreffs des Vereins- und Versammlungsrechts und der angeblich darauf zurückzuführenden dementiellen Unklarheit des bezüglichen Entwurfs erzählt wird, so hat man offenbar die Glocken läuten hören, ohne zu wissen, wo sie hängen. Wenn man erwägt, daß seit in dem Ministerium des Innern der Plan einer Revision des Vereins- und Versammlungsrechts besteht, mehr als einmal die Person des Ministers des Innern gewechselt hat, so ist es klar, daß schon deshalb eine mehrfache Umarbeitung des Gesetzesentwurfs notwendig war, weil keiner der Minister des Innern sich an die Pläne seines Amtsvorgängers im Einzelnen gebunden halten konnte. Auch Freiherr v. d. Rade hat sicher die Gedanken des Herrn von Köller weder nach Form noch Inhalt pure übernommen, sondern nach beiden Richtungen seine eigene Auffassung voll zum Ausdruck gebracht. Auch mag es sein, daß der Minister des Innern auf Grund von Wahrnehmungen, welche er inzwischen über das, was zur Zeit erreichbar ist, gemacht haben kann, seine ursprünglichen Pläne in etwas modifiziert hat und demzufolge auch die bezüglichen Entwürfe abgeändert worden sind. Aber alle diese Vorgänge stehen nicht entfernt mit etwaigen Meinungsverschiedenheiten im künftigen Staatsministerium im Zusammenhang. Die bezüglichen Mittheilungen entbehren daher der thatächlichen Begründung.

Im Wahlkreise Schneek findet am 31. d. Mts. eine Reichstagswahl statt, die zwischen dem Kandidaten der Freikonservativen und dem der Polen zu entscheiden hat. Die Verhältnisse, unter denen sich diesmal die Wahl zu vollziehen hat, sind besonders schwierig. Denn der Wahlkreis wählt zum vierten Mal in dieser Legislaturperiode. Bei den Hauptwahlen im Jahre 1893 erhielt im ersten Wahlgang der polnische Kandidat v. Sack-Jaworski 6042 Stimmen, der freikonservative Guttschlag 5034 Stimmen, der 6210 Stimmen. Am 25. Juni 1896 fand die Ersatzwahl statt; von mehr als 15 000 Wahlberechtigten blieben beim ersten Wahlgang 6000 dahel. Die Kandidaten waren dieselben geblieben; der Pole erhielt 4612, Herr v. Sack 4578 Stimmen. Dadurch, daß 17 Stimmen sich auf andere Kandidaten abspalteten, kam es zur Stichwahl, die am 10. Juli stattfand. Diesmal erhielt der deutsche Kandidat Sack 5328 gegen 5141 polnische Stimmen, also 93 über die absolute Mehrheit. Der Reichstag faßte die Ersatzwahl, weil für sie keine neuen Wahlkreise angelegt worden waren, obwohl die Frist von einem Jahr nach den ersten Wahlen längst abgelaufen war.

Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebiets im Februar 1897 gestaltete sich nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Februarhefte sich wie folgt:

A. Einfuhr im Februar in Tonnen zu 1000 Kilogramm netto: 2 341 025 gegen 2 023 774 und 1 554 295 im Februar der beiden Vorjahre, daher mehr 317 251 und 786 730. Hierunter Edelmetalle 68, übrige Artikel 2 340 957. Gestiegen ist hauptsächlich die Einfuhr von Abfällen (um 16 600), von Holz z. (38 894), von Materialien, Speisereis- und Konditorwaren z. (83 113), von Oel- und Fetten (15 162), von Steinen und Braunkohlen z. (185 238), während die Einfuhr von Drogueries, Apotheken- und Farbewaren um 28 460, von Getreide z. um 7432 zurückgegangen ist. Bei 16 von 43 Nummern des Zolltarifs zeigt sich eine Abnahme, bei 27 eine Zunahme der Einfuhr.

B. Ausfuhr im Februar in Tonnen zu 1000 Kilogramm netto: 1 958 255 gegen 1 865 827 und 1 463 929 im Februar der beiden Vorjahre, daher mehr 92 428 und 494 326. Hierunter Edelmetalle 30, übrige Artikel 1 958 225. Wesentlich gestiegen ist die Ausfuhr von Erden, Erzen z. (um 84 994), von Steinölen z. (107 007), während die Eisen- und Eisenwarenausfuhr um 32 118 zurückgegangen ist. Bei 12 von 43 Nummern des Zolltarifs ist eine Zunahme, bei 31 eine Abnahme der Ausfuhr eingetreten. Trotz

der Mehrausfuhr im Februar bleibt die Ausfuhr in den beiden Monaten des Jahres um 35 700 gegen die gleichen Monate des Vorjahres zurück, übersteigt aber die Ausfuhr in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1895 um 577 852. Fahrräder wurden in den beiden Monaten des Jahres a) eingeführt 1114 Stück und 53 Tonnen Fahrradtheile, b) ausgeführt 1153 Stück und 55 Tonnen Fahrradtheile.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 27. März. Herrenhaus. Ministerpräsident Graf Badeni machte von der erfolgten Ernennung des Präsidiums Mittheilung. Fürst Windischgrätz übernahm den Vorsitz und erklärte, das Haus werde getreu seinen Ueberlieferungen an die Lösung der verfassungsmäßig ihm obliegenden Aufgaben herantreten, dabei den Glanz und die Macht der Monarchie, die sorgsame Pflege der das Reich einigenden Dinge, das Wohl und Gedeihen des Staates, das Interesse und die Wohlfahrt des Volkes, sowie einen gesunden Fortschritt auf dem Gebiete geistigen und materiellen Schaffens jeder Zeit vor Augen halten. (Lebhafter Beifall.) Der Präsident schloß mit einem Hoch auf den Kaiser, in welchem das Haus begeistert einstimmte. Nach Beendigung der neuernannten Mitglieder und Gültigkeitserklärung der Wahlen wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch.

Wien, 27. März. Die deutschböhmischen Abgeordneten verhalten sich gegenüber den Bemühungen, sie für die geistliche Sprachenverordnung zu gewinnen, ablehnend und glauben nicht an die Möglichkeit eines Zustandekommens des deutsch-geistlichen Ausgleiches, da er nur auf Kosten der Deutschen geschlossen werden könnte. Die Reihe Abgeordneter, deren Eintritt in die deutsche Volkspartei angekündigt wurde, wird sich der radikalen Schönerer-Gruppe anschließen. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, verstärkt durch die oppositionellen Abgeordneten Galizien, beschloß die sofortige Ueberreichung eines Antrages, Badeni in Anklagestand zu versetzen, sobald der Antrag 40 Unterschriften aufweist. In der Erörterung hierüber wurde mitgeteilt, daß anlässlich der galizischen Wahlvorgänge neun Personen getödtet, viele verwundet und über 900 verhaftet wurden. Ferner wurde beschlossen, den Alterspräsidenten aufzufordern, er solle die sofortige Enthaltung des Abg. Sajer verlangen. Sajer wurde anlässlich seiner am 4. März gehaltenen Rede vom Riesener Kreisgericht wegen Majestätsbeleidigung verhaftet.

## Frankreich.

Paris, 26. März. General Gallieni, Oberbefehlshaber auf Madagaskar, findet heute einen etwas unerwarteten Verteidiger in der Lanfessan, welcher neulich ziemlich scharf gegen ihn vorging und ihn der übertriebenen Vorurtheile gegen die Jesuiten beschuldigte. Seitdem hat der ehemalige Gouverneur von Indo-China Kenntnis von einem Rundschreiben erhalten, welches General Gallieni an alle Behörden der Insel richtete. Darin drückt der General sein Bedauern darüber aus, daß die religiöse Aufbebung, welche er bringen anempfohlen hatte, nicht so herrsche, wie es wünschenswert sei. „Die Diener der verschiedenen Bekenntnisse“, heißt es in dem Rundschreiben, „haben sich nicht immer, wie sie hätten sollen, den Entscheidungen des Gerichts gefügt, das ich in einem Geiste der Verschönerung in jeder Provinz eingesetzt hatte zu dem Zweck, die Frage des Eigentums der kirchlichen Gebäude zu regeln. Ueberdies haben einige meine oft wiederholten Vorschriften übertreten und das geistliche Gebiet, in dem sie sich ausschließlich bewegen sollten, verlassen, um die Zahl ihrer Anhänger auf Kosten des gegnerischen Bekenntnisses zu vermehren. Ein solches Verfahren regt die Geister auf und könnte Unruhen herbeiführen, die, wenn sie sich wiederholen, streng abgehandelt werden.“ — De Lanfessan macht nun bemerklich, daß dieses Rundschreiben des militärischen Generalpräsidenten für die Missionäre beider Konfessionen bestimmt war, für die Patres, wie für die Pastoren, und fügt hinzu, es würde sich empfehlen, nicht über diese zu wachen, die in Fanatismus mit einander wetteifern, sondern auch über die Offiziere, die ihre Wälfür oft viel zu weit treiben. Das Militärregiment auf Madagaskar folgt ihm nur geringes Vertrauen ein, und das kann man dem früheren Generalgouverneur nicht verargen, der während seiner Verwaltung im äußersten Osten unaufhörliche Stränge mit den Leitern der Okkupationsstruppen zu bestehen hatte und überall auf Hindernisse stieß, die ihm von dieser Seite in den Weg gelegt worden waren.

Der Dampfer „Ava“, der gestern Abend aus Madagaskar kommend in den Hafen von Marseille einlief, hat Nachrichten aus Tananarivo gebracht, welche die Annahme bestätigen, daß General Gallieni die Königin Ranavalona entthront und verbannt hat, um zugleich den Verschönerungen am Hofe und den Intrigen der Engländer ein Ende zu machen. Dem Bericht-erklärte der „Temps“ ist von Ankommenden in Marseille gesagt worden, wenn die Eingehungen in Madagaskar wüthten, daß das Borgehen des Generals Gallieni im französischen Parlament bemängelt wird, könnte eine Revolution ausbrechen.

Paris, 27. März. Nach Meldungen aus Alger machte der russische Großfürst-Thronfolger gestern in der Umgegend von Algier eine längere Spazierfahrt und nahm hierauf das Wahl in einem Restaurant der Stadt ein. Heute machte der Großfürst-Thronfolger wiederum eine Spazierfahrt. Der Aufenthalt ist bis zum 29. April vorgesehen. Großfürst Nikolas ist Donnerstag in Algier eingetroffen.

Paris, 28. März. Nachdem Poitevin in der Kammer erklärt, er könne die weiter verlangten Beweisstücke der Kammer mittheilen, jedoch nicht, weil der Geldgrantschiff von einem in der Nähe von Paris wohnenden Beamten von diesem mitgenommen worden sei, trat die Kammer Abends 10 Uhr zu einer dritten Sitzung zusammen. Voyer betonte seine Ansicht und versicherte, daß seine Ehre von dem Gelingen des Schiffs abhänge; er habe die ihm von Arton vorgeschickten Gelder ratenweise zurückgegeben. Die Kammer verwarf sodann mit 301 gegen 298 Stimmen den Antrag des Sozialisten Viviani, heute eine Sitzung abzuhalten, und vertagte sich auf Montag. Poitevin erklärte den Journalisten, die folgenden vier angekündigten Pa-

Annahme von Anzeigen Hofmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Wolff, Baerstein & Vogler, G. L. Daube, J. Waldbank. Berlin: Bernh. Arndt, Mar. Graßmann. Elberfeld: B. Thienes, Greifswald: G. Jüles. Halle a. S.: Jul. Bard & Co. Hamburg: Joh. Voortman, A. Steiner, William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.: Geim. Fischer. Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

lamentarier seien nur die erste Gruppe; weit er würden folgen.

## England.

London, 28. März. Die Bevölkerung von Port Elisabeth, die sich bereits durch den begeisterten Empfang Cecil Rhodes ausgezeichnete, richtete nach abgehaltenem Meeting ein Telegramm an Chamberlain, in welchem sie ihr Vertrauen zu der kaiserlichen Regierung bekundete, die strengste Beobachtung der Konvention mit Transvaal verlangt und ihre Sympathien für die Litländer gegen die tyrannische und korrupte Regierung in Pretoria ausdrückte. Bezeichnend für die Situation ist, daß das Kolonialamt sich beeilt, sofort diese für Krüger beleidigende Depesche zu veröffentlichen.

## Bulgarien.

Sofia, 28. März. Trotz aller Dementis erhalten sich die Gerüchte von einer Kabinettskrise. Man spricht von dem Eintritt Stancoffs, Marcoffs und Radevics in das Kabinet.

## Afrika.

Tanger, 24. März. Die Aufständischen von Sus haben einen vom Sultan abgesandten Streifzug niedergehalten. Nur 4 Mann von den kaiserlichen Truppen sind nach Tarradant entkommen. Darauf zog der Gouverneur von Tarradant den Aufständischen entgegen und brachte ihnen eine Niederlage bei. 50 Köpfe der Erschlagenen schickte er dem Sultan als Beweis seines Sieges. — 40 Köpfe sind jetzt an den Thoren der Stadt zur Abschreckung ausgestellt. Diese Köpfe gehörten einem dem Hungertode nahen Stamm an, welcher die bei der Stadt lagernden Truppen des Sultans anzugreifen wagte.

## Von der Marine.

Am heutigen Montag findet auf der Werft der Aktiengesellschaft „Werft“ in Bremen der Stapellauf des Kreuzers 2. Klasse „L.“ statt. Der Stapellauf ist von besonderem Interesse dadurch, daß der Kreuzer „L.“ nicht dem bekannten „Great Eastern“ das größte Schiff ist, welches jemals auf irgend einer Werft quer zu Wasser gelassen wird. Die geringe Breite der Werft bei der Werft gestattet den Stapellauf in der Längsachse nicht, und man wird dem interessanten Ereignis mit um so mehr Spannung entgegensehen dürfen, als der „Great Eastern“ seiner Zeit im Schlamme festsank und es einer monatelangen Arbeit zu seiner Abbringung bedurfte. Der Kreuzer „L.“ ist am 8. April vorigen Jahres auf Stapel gesetzt worden und hat daher bis zu seinem Stapellauf nicht ganz ein Jahr Bauzeit erfordert. Das Schiff ist 109,10 Mtr. lang (358 Fuß), seine Breite beträgt 17,40 Mtr., die Tiefe bis zur Seite des Oberdecks 11,25 Mtr. Das Displacement des Kreuzers beläuft sich auf 3630 Tonnen, seine Maschinen werden 10 000 Pferdekraft indigieren und dem Schiff eine Geschwindigkeit von 18 1/2 Knoten in der Stunde verleihen. Der Kreuzer „L.“ hat, wie auch die übrigen vier noch im Bau befindlichen Kreuzer ein über die ganze Länge sich erstreckendes gewölbtes Panzerdeck, das in der Mitte über Wasser liegt, dessen schräge Seiten und Enden aber unter Wasser reichen. Die größte Dicke von 100 Mm. hat dieses Deck an den schrägen Seiten über den Maschinen, Kessel- und Munitionsräumen. Abweichend von unseren bisherigen mit Schutzbelt versehenen Kreuzern, bei denen die Geschütze frei und ungehört aufgestellt sind, haben auf den neuen Kreuzern die 15 Mm. und 21 Mm. Geschütze, die sämtlich als Schnelladekanonen konstruiert sind, Panzergehäuse erhalten. Die beiden vorn und hinten in der Mittellinie des Schiffes aufgestellten 21 Mm. S.-K. und vier der 15 Mm. S.-K. stehen in gepanzerten Drehschirmen, die übrigen vier Stück 15 Mm. S.-K. sind in ebenso vielen Kajematten untergebracht; der Panzer der Thürme und Kajematten ist 100 Mm. dick und besteht aus gehärtetem Stahl, dem bis jetzt unübertroffenen Kruppischen Panzermaterial. Vor und hinter den Kajematten befinden sich im Batteriedeck durch große Pforten in der Seitenwand des Schiffes nach außenwärts verstellbare Scheinwerfer. Diese Scheinwerferanstellung kommt auf diesen Schiffen in unserer Marine zum ersten Mal zur Ausführung. Außer den genannten Geschützen sind noch zehn Stück 8,8 Mm. Schnelladekanonen, die mit den Lafetten drehende Panzergehäuse besitzen und zehn Stück 3,7 Mm. Maschinenkanonen aufgestellt, die letzteren sind theilweise in den Wärfen der beiden Masten aufgestellt. Von den 30 Kanonen, die jeder dieser Kreuzer führt, können 12 über den Bug und 12 über das Heck feuern, während nach jeder Breitseite 15 Geschütze sich verwenden lassen. Jedes der Schiffe hat zwei kühlerne Maschinen, einen als Pflanzmittel gebauten Großmast mit einer offenen Gefechtsmaste und als Fockmast einen Gefechtsmast mit zwei Masten, der in seinem Innern mit zwei Wendeltreppen versehen ist. Die Kreuzer haben drei Schraubenpropeller, von denen jeder seitlich und einer in der Mittelschiffebene liegt. Die Dreifach-Expansionsmaschinen von je 3300 Pferdekraft stehen in drei von einander getrennten Räumen. Sie erhalten ihren Dampf von 12 Wasserkesseln, die zu je zwei in getrennten Räumen aufgestellt sind.

## Stettiner Nachrichten.

Stettin, 29. März. Der Finanzminister hat an die sämtlichen Vorständen der Einkommensteuer-Verwaltungs-Kommissionen folgenden Erlaß gerichtet: Nach weiterverbreiteten Wahrnehmungen pflegen zahlreiche Steuerpflichtige Verurteilungen, Beschwerden und andere Eingaben in Steuerangelegenheiten durch Mittelpersonen anfertigen zu lassen, welche die Abfassung von Schriftsätzen für Andere gegen Entgelt beorgen. Ansehend ist nicht überall genügend bekannt, daß es jedem Steuerpflichtigen freisteht, Anträge der bezeichneten Art, insbesondere auch Verurteilungen gegen die Veranlagung zur Einkommen- und Erbschaftsteuer in dem Bureau des Vorstehenden der Veranlagungs-Kommission mündlich zu Protokoll zu geben (Art. 62 Nr. 1 Abs. 1 der Anweisung vom 5. August 1891, Art. 45 Nr. 1 der Anweisung vom 3. April 1894). Bei Benutzung dieser Gelegenheit wird den Steuerpflichtigen die nicht selten beträchtliche Gebühr der Konzipienten erspart und überdies Sicherheit für eine sachgemäße Abfassung ihrer Anträge ge-



Chicago, 27. März.	27.	26.
Weizen stetig, per März . . .	71,75	71,87
per Mai . . .	72,75	72,87
Mais stetig, per März . . .	23,75	23,75
Port per März . . .	8,50	8,55
Sped Port clear . . .	4,75	4,75

Stadtsanwalt führte in seinem Plädoyer aus, daß der vorliegende Fall viele Kreise interessire; der Angeklagte sei ein Mann, der in Ver-  
suchungen großen Erfolg gehabt habe.

London furz

Leiden: Schwach.

Kupfer . . . . .	11,80	11,80
Zinn . . . . .	13,30	13,30
Gesamtbefracht nach Liverpool .	2,75	2,75

ohne Firma gegen Einsendung von 10 M. in Marken  
**W. H. Mielek, Frankfurt a./M.**

einen Kleeblatt unterschreiben lassen, wonach er, wenn die Verurtheilten aus der Haft entlassen würden, 1650 Mark erhalten solle. Pfahl will dann nach Berlin gereist sein- und dort Schritte gethan haben. Jedenfalls ist Thatsache, daß die Verurtheilten, die inzwischen verhaftet worden waren, aus dem Gefängniß beurlaubt wurden. Die zuständige Staatsanwaltschaft ist dann drei Mal zum Verhöre aufgefordert worden und hat drei Mal die Begnadigung nicht allein nicht befürwortet, sondern sogar noch dargelegt, daß die Handlungsweise der Verurtheilten eine solch rohe gewesen, daß durchaus kein Grund vorliege, eine Begnadigung eintreten zu lassen. Ebenso ungünstig lauteten die von der Direktion der Stefanstift in Hannover eingeforderten Verhöre. Trotzdem ist die vollständige Begnadigung erfolgt. Pfahl machte nun noch auf 1775 Mark Anspruch, wurde aber mit seiner Klage im Zivilprozeß abgewiesen, da nicht festgestellt werden konnte, daß gerade durch ihn die Begnadigung erfolgt sei. Es hatte nämlich zuerst auch noch ein Lehrer aus Lehrs auf Veranlassung der Frauen der Verurtheilten ein Gnadengesuch angefertigt und abgehandelt. Es wird dem Angeklagten nun vorgeworfen, daß er den inzwischen Verdagigten unter Vorsepiegelung falscher Thatsachen, daß er in Berlin auf hohe Persönlichkeiten Einfluß besäße, das Geld abgenommen habe. Ferner wird ihm zur Last gelegt, daß er einem Verwandten derselben ein Darlehen von 300 Mark abgenommen habe, indem er ihm schrieb, er wolle das Geld für einen hohen Beamten in Berlin, damit dieser ihn reich mache. Die Verhandlung währte vier Stunden. In ihrem Verlauf wurden die Namen mancher hoher Beamten in Berlin in die Erörterung verwickelt, worauf der Staatsanwalt die Verlesung einer von den Alten beaufsichtigten Erklärung des Justizministers und die eventuelle Vernehmung des Geheimen Oberjustizraths Horstmann beantragte. Vom Präsidenten wurde mitgetheilt, daß der Bruder des Angeklagten, der Geheimen Oberfinanzrath Pfahl in Charlottenburg, in der Anklage sache wegen des nahen verwandtschaftlichen Verhältnisses jede Aussage verweigert habe. Der Staatsanwalt führte in seinem Ausworte aus, daß der vorliegende Fall viele Kreise interessire; der Angeklagte sei ein Mann, der in Veranlaßungsgelichen große Erfolge gehabt habe,

1842

Special-Preisliste versendet in geschloß. Couvert  
ohne Firma gegen Einsendung von 10  $\text{M}$ , in Marken  
**W. H. Meleke, Frankfurt a. M.**